

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Die Bürgermeisterin**

Ausschussbetreuender Fachbereich: 1- Allgemeine Verwaltung	Datum 03.07.2001
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/14-2237
<b>Niederschrift</b>	
<b>Hauptausschuß</b>	<b>Sitzung am 26.06.2001</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:05 Uhr - 21:00 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 18:30 Uhr – 18:40 Uhr 20: 10 Uhr – 20:15 Uhr
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Inhalt</b>	

**A Öffentlicher Teil**

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil-**
3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 22.05.2001 - öffentlicher Teil -  
386/2001**
4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**
5. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO  
388/2001**

6. **Einführung des SchülerTicket**  
*429/2001*
7. **Einführung eines Sternbusnetzes (Nachtbus-Systems)**  
*427/2001*
8. **Organisationsuntersuchung Feuerwehr**  
*431/2001*
9. **Projekt "Neuer Busbahnhof Bergisch Gladbach Stadtmitte"**  
**- Grundsatzbeschluss-**  
*425/2001*
10. **Stadtbahnlinie 1;**  
**hier: Verlängerung bis zur BAB-Anschlussstelle Moitzfeld**  
*407/2001*
11. **Ersatz des Bahnüberganges Tannenbergstraße**  
*402/2001*
12. **Nahverkehrsplan Rheinisch-Bergischer Kreis;**  
**hier: Umsetzung des Südkreiskonzeptes**  
*426/2001*
13. **Rheinisch- Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (RBW);**  
**Neustrukturierung**
14. **Benennung der vier neuen Erschließungsstraßen im Bereich des ehemaligen Kasernengeländes an der Hermann-Löns-Straße in Bergisch Gladbach**  
*54/2001*
15. **Einrichtung eines Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen**  
**gemäß dem Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2000**  
*339/2001*
16. **Förderung der Beratungsstelle der Verbraucher-Zentrale NRW in Bergisch Gladbach von 2002 bis einschl. 2004**  
*416/2001*
17. **Förderung der Fortsetzung von Alphabetisierungskursen/ Sprachkursen des**

**Ausländerbeirates**  
*430/2001*

- 18. Bericht aus dem Ausländerbeirat**  
*433/2001*
- 19. Anfragen der Ausschussmitglieder**

**A Öffentlicher Teil**

**1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Als Grundlage für die Sitzung benennt sie folgende Unterlagen:

1. die Einladung vom 13.06.2001 mit den beigefügten Vorlagen,
2. die Einzelvorlagen zu den Punkten 14 und 15 des öffentlichen Teiles sowie zu Punkt 4 des nichtöffentlichen Teiles,
3. die Anschreiben vom 19.06. und 25.06.2001 mit ihren Anlagen.

**2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil-**

Die Niederschrift wird genehmigt.

**3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 22.05.2001 – öffentlicher Teil -**

Zu Top A 6 „Kündigung der Mitgliedschaft im Kultursekretariat Gütersloh“ weist Bürgermeisterin Opladen darauf hin, daß die Kündigung aufgrund der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Kultursekretariat erst unter Einhaltung der Kündigungsfrist von sechs Monaten jeweils zum Ende des darauffolgenden Jahres ausgesprochen werden könne. Dies bedeute, daß die Kündigung erst zum 31.12.2002 wirksam werde.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**4 Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Es gibt keine Mitteilungen.

**5 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO**

Herr Blask möchte wissen, ob die Reise von Frau Koshofer lediglich einen repräsentativen Charakter hatte oder ob sie dazu diene, die Partnerschaft mit Runnymede wieder mit neuem Leben zu erfüllen.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß die Reise von Frau Koshofer beiden Zwecken gedient habe. Es liege ein Bericht von Frau Koshofer vor, den sie den Fraktionen zur Kenntnis geben werde.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

### **Beschluß:**

**Die beigelegte Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NW vom 28.05.2001 über die Dienstreise der stellvertretenden Bürgermeisterin Ingrid Koshofer in der Zeit vom 15.06. – 17.06.2001 in die englische Partnerstadt Runnymede wird hiermit genehmigt.**

## **6 Einführung des SchülerTicket**

Herr Kraemer begrüßt, daß das Schülerticket nunmehr auch in Bergisch Gladbach eingeführt werden solle. Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage hält er den reduzierten Verkaufspreis von 28,-- DM für gerechtfertigt, beantragt jedoch diese Regelung auf alle Schulen zu übertragen, an denen sich mindestens 45 % der nicht freifahrberechtigten Schüler für das Ticket entschieden haben. Gleichzeitig beantragt er, in Punkt 5 Satz 2 des Beschlußvorschlages den Passus „bis zu einer Höhe von 30.000,-- DM pro Schuljahr bezogen auf alle Schulen“ zu streichen. An den Schulen, an denen die Quote von 45 % nicht erreicht werde, solle das Ticket vorerst zu einem Preis von 39,-- DM pro Monat im freien Verkauf angeboten werden. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, daß durch die Einführung des Tickets eine Sog-Wirkung entsteht, die weitere Anmeldungen bewirke und letztendlich zu einer flächendeckenden Reduzierung des Verkaufspreises führe.

Herr Blask und Frau Ryborsch beantragen die flächendeckende Einführung des Tickets für 25,-- DM. Herr Blask geht davon aus, daß das Ticket sehr schnell so gut angenommen werde, daß der Zuschußbedarf sich weit unterhalb des in Anlage 1 der Vorlage prognostizierten Jahresfehlbetrages bewege. Das Ticket sei eine einmalige Chance, sehr schnell möglichst viele Schüler zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs zu bewegen und auf diese Weise maßgeblich zu einer Entlastung der Umwelt beizutragen.

Herr Freese schließt sich der Auffassung und den Anträgen von Herrn Kraemer an. Auch er sieht den reduzierten Verkaufspreis von 28,-- DM vor dem Hintergrund der desolaten Haushaltslage als einen gangbaren Kompromiß an.

Diese Auffassung vertritt auch Frau Schmidt-Bolzmann.

*Stadtkämmerer Kotulla weist darauf hin, daß ein Beschluß im Sinne des Antrages von Herrn Kraemer (Angebot des Tickets zu einem Preis von 28,00 DM an allen Schulen mit einer Abnahmequote von mindestens 45 %) den städtischen Haushalt mit etwa 170.000 DM zusätzlich belasten könne. Er wisse nicht, wie dieser Betrag finanziert werden solle.*

Bürgermeisterin Opladen begrüßt diesen Kompromiß und qualifiziert ihn als gelungenen Ersteinstieg zur dauerhaften Etablierung des Schülertickets.

Sodann lehnt der Hauptausschuß den gleichlautenden Antrag von Herrn Blask und Frau Ryborsch, das Schülerticket zu einem Preis von 25,-- DM flächendeckend einzuführen, mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Danach faßt der Hauptausschuß mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, SPD und F.D.P. folgenden

**Beschluß:**

**An den Schulen, an denen sich über 45 % der nicht freifahrberechtigten Schüler für das Schülerticket entschieden haben, wird dasselbe zu einem Preis von 28,-- DM eingeführt. Etwaige Ausfallkosten der Stadtverkehrsgesellschaft übernimmt die Stadt Bergisch Gladbach als Anlauffinanzierung.**

Danach faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

**Beschluß:**

- 1. Der Hauptausschuß unterstützt die Bemühungen der Stadtverkehrsgesellschaft zur Einführung des Schülertickets.**
- 2. Die Stadt Bergisch Gladbach beschließt, die Aufgabe der bisherigen Freifahrten und bietet den betroffenen Schülern das Schülerticket an. Die Eltern der freifahrberechtigten Schüler müssen einen Eigenanteil von 20,-- DM pro Monat zahlen. Bei Geschwisterkindern zahlen die Eltern entsprechend den gesetzlichen Vorgaben 10,-- DM (zweites Kind) und 0,-- DM (ab dem dritten Kind).**
- 3. In Anbetracht der schwierigen Haushaltssituation der Stadt lehnt der Hauptausschuß die Übernahme von dauerhaften Defiziten aus dem Verkauf des Schülertickets ab.**
- 4. Der Hauptausschuß empfiehlt der Stadtverkehrsgesellschaft, das Schülerticket von 28,-- DM pro Monat an die nicht freifahrberechtigten Schüler zu verkaufen. Es wird davon ausgegangen, daß sich die Zahl der Anmeldungen gegenüber 25,-- DM nur geringfügig ändern wird.**
- 5. An den übrigen Schulen, an denen die 45 % nicht erreicht wurde, wird das Ticket über die Stadtverkehrsgesellschaft zum Preis von 39,-- DM pro Monat im freien Verkauf angeboten.**

Herr Kraemer spricht sich für die Realisierung des Sternbusnetzes aus, bedauert aber den laut Vorlage zu gewärtigenden jährlichen Zuschuß von 125.000,-- DM pro Jahr. Er beantragt, daß die Stadtverkehrsgesellschaft nochmals mit den betroffenen Verkehrsunternehmen über den Preis des Sternbusangebotes verhandelt, um bereits auf diesem Weg zu einer Kostenminimierung zu gelangen. Des weiteren müsse versucht werden, zur Finanzierung Sponsoren zu gewinnen. In den Beschluß sei aufzunehmen, daß die Stadtverkehrsgesellschaft prüfe, inwieweit zumindest die teilweise Einführung des Sternbusnetzes im Rahmen des derzeitigen Wirtschaftsplanes der Stadtverkehrsgesellschaft umsetzbar sei.

Herr Blask plädiert für die unbedingte Einführung des Sternbusnetzes, um den öffentlichen Personennahverkehr in Bergisch Gladbach zu attraktivieren. Es mache keinen Sinn, im Bereich der Stadtmitte einen neuen Busbahnhof zu bauen sowie den 10-Minuten-Takt der S-Bahn zu bewirken, wenn nicht gleichzeitig ein ergänzendes Busangebot für die Abend- und Nachtstunden vorhanden sei. Den derzeitigen Zustand, daß lediglich die S-Bahnlinie 11 und die Stadtbahnlinie 1 in den Nachtstunden verkehrten, müsse man unbedingt beenden.

Herr Freese schließt sich dieser Auffassung an. Er geht davon aus, daß die Stadt den in der Vorlage prognostizierten Zuschuß nicht tatsächlich zu tragen habe, da sich dieser durch höhere zu erwartende Fahrgastzahlen noch reduzieren lasse.

Frau Schmidt-Bolzmann empfiehlt, das Sternbusnetz zunächst für ein Jahr versuchsweise einzuführen. Um die hierdurch entstehenden Kosten zumindest weitgehend zu kompensieren, solle das Schülerticket für die Nutzung der neuen Linien keine Gültigkeit haben.

Herr Becher, der Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft, stellt klar, daß der zweite Teil des Vorschlages von Frau Schmidt-Bolzmann nicht zu realisieren sei. Auch die Sternbusse seien in das Tarifsysteem des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg integriert, von dem man nicht abweichen könne. Insoweit müßten auch hier alle Wochen- und Monatskarten sowie Tickets uneingeschränkte Gültigkeit haben.

Herr Blask und Frau Ryborsch beantragen, die erste Stufe des Sternbusnetzes umzusetzen werden. Die notwendige Anschubfinanzierung hierzu sei zu genehmigen.

Sodann lehnt der Hauptausschuß mit den Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. die Einführung des Sternbussystems unter Inkaufnahme des in der Vorlage prognostizierten jährlichen Zuschusses von 125.000,-- DM pro Jahr mehrheitlich ab.

Danach faßt der Hauptausschuß mit den Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. folgenden

### **Beschluß:**

- 1. Die Stadtverkehrsgesellschaft wird gebeten, in erneute Verhandlungen mit den Verkehrsunternehmen einzutreten, um den Preis für die Schaffung eines Sternbusangebotes zu reduzieren.**
- 2. Die Stadtverkehrsgesellschaft wird gebeten, sich zur Finanzierung des**

**Sternbusnetzes auf die Suche nach Sponsoren zu begeben.**

- 3. In Anbetracht der schwierigen Haushaltssituation der Stadt wird die Übernahme zusätzlicher Defizite aus der Einführung des Sternbusnetzes abgelehnt. Die Stadtverkehrsgesellschaft wird aufgrund dessen gebeten zu prüfen, inwieweit die Einführung des Sternbusnetzes durch Mittel ihres derzeitigen Wirtschaftsplanes erfolgen kann.**

## **8 Organisationsuntersuchung Feuerwehr**

Bürgermeisterin Opladen begrüßt die Herren Eltges und Dr. Schumacher, die von der Kienbaum Management Consultants GmbH in den Hauptausschuß entsandt wurden.

Sodann trägt Herr Eltges die Ergebnisse der von dem Unternehmen durchgeführten Organisationsuntersuchung vor.

Danach beantwortet er die Fragen der Ausschußmitglieder.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, der Niederschrift die Kurzfassung der Organisationsuntersuchung beizufügen.

Herr Freese regt an, die ehrenamtlichen Kräfte in der Feuerwehr zu stärken. Er kritisiert die hohe Anzahl der im Bericht erwähnten nicht abgerechneten Fehlalarme.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer entgegnet, daß die Einsätze nach dem Feuerschutzsicherungsgesetz zu leisten seien. Es ergebe sich nach Lage der Dinge am Einsatzort sehr oft, daß hinterher eine Abrechnung nicht möglich sei. Gleichwohl werde sich die Feuerwehr bemühen, durch Straffung der inneren Organisation hinsichtlich der Abrechnungen zu einer noch höheren Effizienz zu gelangen.

Herr Dr. Kassner fragt an, weshalb die Rettungstransportwagen ( RTW ) durch voll ausgebildete Feuerwehrleute gefahren werden.

Herr Eltges antwortet, daß bei der städtischen Feuerwehr aufgrund des gegebenen hohen Ausbildungsstandards alle Kräfte sowohl im Brandschutz geschult seien als auch über die Qualifikationen des Rettungssanitäters und des Rettungsassistenten verfügten. Dies sei angesichts der Realität und der Anforderungen bei den Einsätzen auch sinnvoll und geboten, um optimal helfen zu können.

Auf Nachfrage erläutert er weiterhin, daß zwischen der städtischen Feuerwehr und den im Stadtgebiet vorhandenen Werksfeuerwehren eine Kooperation bestehe, die aber nur bei Großeinsätzen zum Tragen komme.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

Bürgermeisterin Opladen unterbricht die Sitzung für 10 Minuten.

## **9 Projekt "Neuer Busbahnhof Bergisch Gladbach Stadtmitte" - Grundsatzbeschluss-**



Herr Ziffus begrüßt die Planung im Grundsatz, hält allerdings die Anlegung eines Stadtplatzes neben der geplanten Mobilitätszentrale für wenig sinnvoll. Nur der Bau einer größeren Mobilitätszentrale unter Inanspruchnahme des für den Stadtplatz vorgesehenen Geländes gewährleiste eine städtebaulich ansprechende Lösung. Auf diese Weise werde den aus den Fußgängerbereichen ankommenden Bürgern der Blick auf die wenig ansprechende Kulisse der Firma G & H erspart. Zudem sei auch der Anblick der auf dem neuen Busbahnhof stehenden Busse nicht immer eine Augenweide.

Frau Schmidt-Bolzmann ist der Auffassung, daß die ledigliche Ausweisung von überdachten Fahrradständern oder Fahrradboxen nicht ausreiche. Es fehle im Konzept an Kurzzeitparkplätzen, die unbedingt erforderlich seien. Es müsse die Möglichkeit bestehen, sein Kfz für einen kurzen Zeitraum in der Nähe zu parken, um Reisende mit Koffern abzuholen bzw. zur S-Bahn zu bringen.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Der Konzeption für die Errichtung des neuen Verkehrsverknüpfungspunktes „Bus und Bahn“ in der Stadtmitte wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung der Konzeption erforderlichen Planungen durchzuführen und die entsprechenden Aufträge zu erteilen.**

10

**Stadtbahnlinie 1;**

**hier: Verlängerung bis zur BAB-Anschlussstelle Moitzfeld**

Herr Freese ist der Auffassung, daß es des Punktes 1 des Beschlußvorschlages nicht bedürfe. In der Vorlage sei ausgeführt worden, daß eine Regionalkonferenz zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 derzeit nicht zustande komme. Insoweit brauche diese im Beschlußvorschlag auch nicht berücksichtigt werden. Gegen Punkt 2 hat er keine Bedenken.

Bürgermeisterin Opladen hat keine Bedenken, Punkt 1 aus dem Beschlußvorschlag herauszunehmen. Unabhängig von dem für eine Realisierung der Verlängerung der Stadtbahnlinie zu gewärtigenden Zeitpunkt hält sie ein Festhalten an diesem Projekt für unabdingbar. Es könne niemand voraussehen, wie sich die Situation im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs in 10 Jahren oder mehr darstelle.

Dieser Auffassung schließt sich auch Herr Ziffus an. Er regt an zu prüfen, inwieweit auf der Overather Straße entlang der möglichen Bahntrasse ggf. eine Busspur eingerichtet werden kann.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, diesen Aspekt in die weiteren Prüfungen mit einzubeziehen.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Die Bürgermeisterin wird beauftragt, in der Rahmenplanung Bensberg zu prüfen, ob zur Sicherung der Trasse für eine Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 bis zu einer möglichen Haltestelle sowie der Bauflächen für eine Park- und Ride-Anlage im Bereich Bockenberg weitere planerische oder sonstige Schritte erforderlich werden.**

## **11 Ersatz des Bahnüberganges Tannenbergstraße**

Stadtbaurat Schmickler erläutert, daß hinsichtlich der Förderungsmöglichkeit des von der Bahn als „verlorene Kosten“ angesehenen Betrages von ca. 400.000,-- DM für die Signaltechnik kein aktuelles Prüfergebnis vorliege. Er könne daher diesbezüglich in der heutigen Sitzung keine konkreteren Angaben machen und bittet darum, zunächst von diesem Betrag auszugehen.

Sodann diskutiert der Hauptausschuß kontrovers die Notwendigkeit des vorgeschlagenen Beschlusses.

Insbesondere Frau Schmidt-Bolzmann hat gegen die Übernahme eines derart hohen Betrages mit Blick auf die angespannte Haushaltslage große Bedenken.

Herr Freese verleiht seiner Auffassung Ausdruck, daß der Bahnübergang Tannenbergstraße auch zum heutigen Zeitpunkt uneingeschränkt offengehalten werden müsse. Werde er geschlossen, könne die Stadt für die bereits beschlossene Ersatzlösung keine Landesmittel mehr erwarten. Sie würde dann selbst den Beweis liefern, daß eine Schließung auch ohne die Realisierung einer straßenmäßigen Alternative möglich sei.

Bürgermeisterin Opladen betont, daß es sich im Grunde um einen „Vorratsbeschluß“ handle. Es müsse nicht unbedingt davon ausgegangen werden, daß die Zahlung des benannten Betrages tatsächlich in voller Höhe zu erfolgen habe.

Herr Ziffus geht davon aus, daß die derzeitigen Signalanlagen bzw. -vorrichtungen einen bestimmten Restwert besitzen, der von der Deutschen Bahn AG anzurechnen sei.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig bei Stimmenthaltung von F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

### **Beschluß:**

**Auf die Beibehaltung des Bahnüberganges Tannenbergstraße bis zum Bau der Ersatzmaßnahme ist selbst dann nicht zu verzichten, wenn der von der Bahn als „verlorene Kosten“ angesehene Betrag von ca. 400.000,-- DM für die Signaltechnik von der Stadt übernommen werden muß.**

## **12 Nahverkehrsplan Rheinisch-Bergischer Kreis; hier: Umsetzung des Südkreiskonzeptes**

## **Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden**

### **Beschluß:**

- 1. Der Hauptausschuß stimmt dem Vorschlag des Rheinisch Bergischen Kreises zur Umsetzung des Südkreiskonzeptes zu.**
- 2. Die Stadtverkehrsgesellschaft wird beauftragt, zusammen mit den Städten Rösrath und Overath und gemeinsam mit der Kreisverwaltung alle Schritte einzuleiten, um das Konzept zum Fahrplanwechsel im Herbst 2001 umzusetzen.**

### **13 Rheinisch- Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (RBW) -Neustrukturierung-**

Herr Kraemer spricht sich für den Erhalt der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft aus. Zu diesem Zweck seien die dort vorhandenen 5,5 Stellen zu finanzieren und die bisherige Begrenzung des Zuschusses auf 0,5 Mio. DM aufzuheben. Notwendig sei es, die Struktur der Gesellschaftsgremien insgesamt zu überprüfen. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf deren Umfang.

Für Frau Ryborsch ist es notwendig, über die Aufgabenfelder der RBW inhaltlich zu diskutieren. Neben einer korrekten Abgrenzung der Aufgabenfelder zwischen der Stadt- und der Kreisebene müsse insbesondere die Erfolgskontrolle verbessert werden. Sie bedauert, daß es zwischen den Wirtschaftsförderungen auf Stadt- und auf Kreisebene offensichtlich keine oder nur wenige Kontakte gebe. Sie schlägt vor, die Aufgaben der RBW verstärkt unter städtischen Gesichtspunkten zu bewerten. Die städtische Wirtschaftsförderung sei hinsichtlich ihrer Aufgaben genauer zu definieren. Weiterhin sei diese in die regionale Wirtschaftsförderung stärker einzubinden. Sie benennt als positives Beispiel einer funktionierenden Wirtschaftsförderung auf Kreisebene den Kreis Wesel mit der ihm angehörenden Kreisstadt gleichen Namens. Heute sei die Angelegenheit nicht entscheidungsreif.

Herr Blask kritisiert die unangemessene Größe insbesondere der Gesellschafterversammlung. Auch für ihn ist es zunächst notwendig, das inhaltliche Konzept der RBW konkreter auszugestalten, bevor in einer zweiten Stufe über dessen Finanzierung gesprochen wird.

Herr Freese gesteht ein, daß innerhalb der SPD-Fraktion keine einheitliche Meinung über die Zukunft der RBW existiere. Seiner Auffassung nach solle diese erhalten bleiben. Dies sei auch notwendig, weil bei einem Ausstieg der Stadt eine „gespaltene“ Kreisumlage drohe, die sich in jedem Falle zum Nachteil der städtischen Finanzen auswirken werde.

*Stadtkämmerer Kotulla trägt in dieser Angelegenheit seine abweichende Meinung vor. Er stellt hierbei heraus, daß er den vorgesehenen Änderungen des Gesellschaftsvertrages hinsichtlich der neuen Aufgabenfestlegung und der erheblichen Zuschußerhöhung insbesondere unter dem Gesichtspunkt der sich darstellenden äußerst kritischen Haushaltssituation der Stadt nicht zustimmen könne. Auf die Stadt kämen ca.*

220.000 DM Mehrkosten zu.

*Es stelle sich die Frage, ob und inwieweit bei der neu festgelegten Aufgabenbeschreibung, sofern es sich um eine Ausweitung gegenüber den bisherigen Festlegungen handelt, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Vorhaltung der Leistungen in den einzelnen Kommunen eine Ausweitung zum derzeitigen Zeitpunkt angestrebt werden sollte.*

*Sofern die vorgeschlagene Verdopplung des Zuschusses aufgrund der Beibehaltung des bisher festgelegten Aufgabenspektrums erforderlich sein sollte, ergebe sich die Frage, warum diese Entwicklung nicht in den früheren Finanzplänen eindeutig dargestellt wurde.*

*Weiterhin sei er der Auffassung, daß entsprechend den unterschiedlichen Vorhaltungen und Inanspruchnahmen von Leistungen durch die kleineren Gemeinden der RBW Überlegungen für eine differenziertere Kostenverteilung angestellt werden sollten. Die Stadt Bergisch Gladbach habe schließlich eine eigene Wirtschaftsförderungsabteilung, für die ebenfalls Personalkosten anfielen.*

Herr Orth gesteht zu, daß die RBW bislang sehr gute Arbeit auf Kreisebene geleistet habe. Dennoch sei deren parallele Existenz zur städtischen Wirtschaftsförderung nicht hinnehmbar. Er merkt an, daß mit den für die RBW verausgabten Beträgen durchaus weitere Stellen bei Fachbereich 8 eingerichtet werden könnten, durch die die städtische Wirtschaftsförderung wesentlich effektiver geleistet werden könne. Wenn sich eine weitere Förderung der Gesellschaft allerdings nicht vermeiden lasse, müsse auf jeden Fall über eine Konkretisierung von deren Aufgabenfeldern nachgedacht werden.

Frau Schmidt-Bolzmann hält es für notwendig, sich die Effektivität der Arbeit der RBW durch eine von dieser vorgelegten Bilanz erläutern zu lassen. In dieser müsse vor allen Dingen herausgearbeitet werden, welchen Nutzen die Gesellschaft für die städtische Wirtschaftsförderung habe.

Bürgermeisterin Opladen gesteht der RBW im Grundsatz ebenfalls eine gute Arbeit zu. Allerdings sehe sie das Finanzgebaren der Gesellschaft kritisch und nehme in dieser Frage als Mitglied des Aufsichtsrates eine von der CDU-Fraktion abweichende Position ein. Im Aufsichtsrat sitze sie nicht als Vertreterin der Stadt, sondern der Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten. Lediglich die Mitgliedschaft in der Gesellschafterversammlung nehme sie direkt für die Stadt wahr. Sie kündigt an, an den morgigen Sitzungen sowohl des Aufsichtsrates als auch der Gesellschafterversammlung nicht teilnehmen zu können, da sie einen bereits lange festgelegten und sehr wichtigen anderen Termin wahrzunehmen habe. Im Aufsichtsrat werde sie sich durch Herrn Schwamborn und in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Albrecht vertreten lassen.

Herr Kraemer beantragt, die Sitzung für fünf Minuten zu unterbrechen, damit die CDU-Fraktion sich beraten kann.

Sodann unterbricht Bürgermeisterin Opladen die Sitzung für fünf Minuten.

Danach bestätigt Herr Kraemer, daß die CDU-Fraktion die Festschreibung der im

Wirtschaftsplan der Gesellschaft ausgewiesenen 5,5 Stellen beschließen wolle. Verbunden sei dies mit einer Erhöhung des Zuschusses auf 1 Mio. DM, der dann aber festzuschreiben sei.

Auf Vorschlag von Bürgermeisterin Opladen faßt der Hauptausschuß mehrheitlich gegen drei Stimmen aus den Reihen der SPD, gegen die Stimme der F.D.P. und bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

**Beschluß:**

- 1. Die notwendigen Geschäftsfelder der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft (Standort- Marketing, Vermarktung von Gewerbeflächen und Gewerbeimmobilien, Unternehmensnachfolge und Existenzgründungsberatung) werden bestätigt.**
- 2. Der bisherige Personalschlüssel der RBW von 5,5 Stellen wird bestätigt. Eine Erhöhung der personellen Besetzung ist ohne Zustimmung der Bürgermeister nicht möglich.**
- 3. Den Eckdaten des neuen Wirtschaftsplanes der RBW wird zugestimmt. Die gesellschaftsvertragliche Regelung hinsichtlich der Beschränkung des Zuschusses auf 0,5 Mio. DM wird aufgehoben. Es besteht Einvernehmen, den Zuschuß an die RBW auf 1 Mio. DM zu erhöhen. Evtl. weitere Personalkosten sind mit diesem Zuschuß abgedeckt. Der Betrag gilt insoweit als festgeschrieben.**

Bürgermeisterin Opladen stellt klar, daß eine Erweiterung der Geschäftsfelder der RBW nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Gemeinschaft der Hauptverwaltungsbeamten möglich sei. Sie weist darauf hin, daß sich der Landrat geweigert habe, den politischen Gremien des Kreises eine Vorlage zur Verkleinerung der Gremien der RBW zu unterbreiten.

Herr Dr. Kassner möchte wissen, ob durch Punkt 1 des Beschlusses die im Gesellschaftsvertrag aufgeführten Geschäftsfelder, soweit sie nicht durch den Beschluß erfaßt wurden, zum Nachteil der Wirtschaftsförderung eingeschränkt werden.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß die in Punkt 1 des Beschlusses benannten notwendigen Geschäftsfelder alle im Gesellschaftsvertrag aufgeführten beinhalten. Sie habe dies geprüft.

**14 Benennung der vier neuen Erschließungsstraßen im Bereich des ehemaligen Kasernengeländes an der Hermann-Löns-Straße in Bergisch Gladbach**

Herr Kraemer bittet darum, die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt nochmals zu vertagen, da die CDU-Fraktion weiteren Beratungsbedarf habe.

Herr Ziffus weist darauf hin, daß die Flurnamenzuordnung aufgrund der nicht gegebenen Deckungsgleichheit der Karten unkorrekt sei. Er bittet darum, eine neue Karte mit den richtigen Lagen der Straßen nachzureichen.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

**Beschluß:**

**Die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt.**

**15 Einrichtung eines Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen gemäß dem Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2000**

Herr Kraemer bittet darum, über den Punkt im Rat zu entscheiden, ohne daß der Hauptausschuß hierzu eine Beschlüßempfehlung abgibt. Es sei vorab zu prüfen, inwieweit eine Gleichstellung unter allen Beiräten, die z.Z. eingerichtet seien, gegeben ist.

Es besteht Einvernehmen, daß so verfahren wird.

Eine Beschlüßempfehlung wird durch den Hauptausschuß dem Rat nicht unterbreitet.

**16 Förderung der Beratungsstelle der Verbraucher-Zentrale NRW in Bergisch Gladbach von 2002 bis einschl. 2004**

Mit Blick auf den Charakter der freiwilligen Leistung wünscht Herr Kraemer eine Beteiligung der übrigen kreisangehörigen Kommunen an der Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle. Er bittet Bürgermeisterin Opladen, entsprechend tätig zu werden.

Herr Freese weist darauf hin, daß die Verbraucherberatung bis zum 30.06. ihre wirtschaftlichen Eckdaten benötige. Bei deren Erstellung sei sie abhängig u.a. von der Stadt Bergisch Gladbach. Vorgespräche zwischen der Verwaltung und der Verbraucherberatung habe es bereits gegeben. Der Erhalt dieser Einrichtung sei von außerordentlicher Wichtigkeit, da sie vor allem den Bergisch Gladbacher Bürgern zugute komme. Die Fallzahlen belegten, daß eine rege Nutzung stattfinde. Er weist auf die Schuldnerberatung hin, die früher bei der Verbraucherberatung angesiedelt war und heute vom Kreiscaritasverband sowie der Diakonie getragen werde. Deren Fallzahlen und Wartezeiten von bis zu sechs Monaten belegten den außerordentlich großen Bedarf. Diese Arbeit bewirke zudem bei den Sozialhilfekosten der Stadt eine deutliche Ersparnis. Er spricht sich für eine Förderung der Verbraucherberatung im Sinne der Vorlage aus.

Herr Blask schließt sich dieser Auffassung an. Er möchte wissen, welche Förderungsbeträge für die Jahre 2002 bis 2004 tatsächlich im Raume stehen.

Herr Kotulla weist darauf hin, daß der Vertrag mit der Verbraucherberatungsstelle zum 31.12.2001 auslaufe, wenn es nicht zu einer Neuregelung komme. Die Schuldnerberatung müsse bis zum 30.06. wissen, wie es finanziell weitergehe. Länger andauernde Verhandlungen habe es allerdings bislang noch nicht gegeben. Im Raume stünden die auf Seite 2 der Vorlage benannten Beträge für die Jahre 2002 bis 2004. Da die Verbraucherberatung zu etwa 30 bis 40 % Anfragen von Personen, die nicht in Bergisch Gladbach wohnten, bearbeite, könne der kommunale Anteil aus seiner Sicht

nicht mehr gänzlich durch die Stadt geleistet werden.

Für Frau Schöttler-Fuchs ist der Erhalt der Verbraucherberatung in Bergisch Gladbach unabdingbar.

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß am 29.06.2001 die nächste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Hauptverwaltungsbeamten stattfindet. Die Angelegenheit stehe dort mit auf der Tagesordnung. Sie schlägt vor, das dortige Meinungsbild abzuwarten und die Angelegenheit in der Ratssitzung am 03.07.2001 weiter zu beraten. Sie könne bereits am Vortag mitteilen, wie die Arbeitsgemeinschaft die Angelegenheit sehe. Sie werde in jedem Falle auch eine Beteiligung des Kreises an der Finanzierung ansprechen. Sie halte eine solche vor dem Hintergrund des Einzugsgebietes der Verbraucherberatungsstelle für gerechtfertigt.

Es besteht Einvernehmen, daß so verfahren wird.

#### **17 Förderung der Fortsetzung von Alphabetisierungskursen/ Sprachkursen des Ausländerbeirates**

Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden

##### **Beschluß:**

- 1. Zur Fortsetzung der Sprachkurse soll der Restbetrag in Höhe von 2.875,00 DM überplanmäßig aus Mitteln des allgemeinen Haushaltes bereit gestellt werden.**
- 2. Diese überplanmäßige Ausgabe erfolgt in der Absicht, dass die dem Ausländerbeirat im nächsten Haushaltsjahr zur Verfügung zu stellenden Mittel um 2.875 DM gekürzt werden.**
- 3. Der Ausländerbeirat wird gebeten zu prüfen, ob die Alphabetisierungskurse/ Sprachkurse in Zukunft in alleiniger Verantwortung der Volkshochschule und damit auch im Rahmen der Finanzierungsmöglichkeiten der VHS (ggf. unterstützt mit Mitteln des Ausländerbeirates) organisiert werden können.**

#### **18 Bericht aus dem Ausländerbeirat**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### **19 Anfragen der Ausschussmitglieder**

- 1. Anfrage zur Höhe der durch das Hochwasser des Jahres 2000 verursachten Schäden**

Herr Ziffus fragt an, wie hoch die durch das Hochwasser des Jahres 2000 in Bergisch Gladbach verursachten Schäden gewesen sind. Er möchte insbesondere wissen, welche Summe dem Gemeindeversicherungsverband gemeldet wurde.

2. Anfragen zum Verkehrsgutachten hinsichtlich des Gewerbegebietes Spitze sowie zur Gedenktafel für die NS-Zwangsarbeiter

- a) Frau Ryborsch fragt an, wie die Ergebnisse des Verkehrsgutachtens zum geplanten Gewerbegebiet Spitze sind. Sie bittet um eine detaillierte schriftliche Beantwortung.
- b) Weiterhin möchte sie wissen, ob die Gedenktafel für die NS-Zwangsarbeiter, die gestern der Öffentlichkeit übergeben wurde, noch um das Datum der Anbringung oder des zugrundeliegenden Ratsbeschlusses ergänzt werden könne.

3. Anfrage zum Besuchsprogramm der Gäste aus Marijampole

Herr Dehler weist darauf hin, daß z.Z. fünf Kommunalpolitiker aus Marijampole in Bergisch Gladbach zu Besuch sind. Diese interessierten sich besonders für die Integration behinderter Kinder. Er möchte wissen, ob aufgrund dessen auch ein Besuch in der Wilhelm-Wagener-Sonderschule geplant sei.

4. Schriftliche Anfrage zu den Gewerbegebieten im Stadtgebiet

Bürgermeisterin Opladen weist auf ein Schreiben von Herrn Orth zu den Gewerbegebieten im Stadtgebiet hin. Es werde vorgeschlagen, diese nicht nur in Augenschein zu nehmen, sondern auch hinsichtlich Problemlagen und Entwicklungszielen zu untersuchen. Diesbezüglich solle im Vorfeld des Finanzausschusses am 04.09.2001 ein Gespräch geführt werden.

Sie schlägt vor, daß die Problemstellungen durch die Verwaltung näher konkretisiert werden und Herr Orth anschließend einen schriftlichen Verfahrensvorschlag erhält. Sie bittet die Mitglieder des Hauptausschusses sowie alle interessierten Personen, sich den Termin des 04.09.2001 bereits zu reservieren.

Die Anfragen zu 1. bis 3. werden schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.